

Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main

Stellungnahme zur Anhörung im Hessischen Landtag betreffend Gesetzentwürfe zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz am 2. und 3. Dezember 2009

Bürgerinitiativen, Naturschutzverbände und Organisationen sozialer Bewegungen im Rhein-Main-Gebiet haben sich bereits vor zwei Jahren zu einem Netzwerk im Kampf für eine umweltgerechtere Politik zusammengeschlossen. Das gemeinsame Ziel des **Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main** ist die Forderung nach einer **Gesamtbelastungsstudie** für die Metropolregion Rhein-Main. Diese programmatische Forderung haben wir als Anlage zu unserer Stellungnahme beigelegt.

Bei den vorliegenden Gesetzentwürfen steht der Klimaschutz im Fokus. Die tragenden Organisationen und Initiativen im **Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main** stellen ebenso den Klimaschutz obenan – aktuell im Zeichen der anstehenden Klimakonferenz in Kopenhagen. Dessen ungeachtet verweisen wir aber darauf:

Umweltbelastungen müssen vor allem ganzheitlich gesehen werden, wobei deren Wirkungen für die natürliche Umwelt die Wirkungen sich verteilen auf die Ebenen

- Gesundheit / Krankheitsursachen
- Klimaschutz
- Lebensqualität

Neben den allseits zitierten Bedrohungen für das Klima durch anhaltenden CO₂-Ausstoß wird immer noch kaum berücksichtigt, dass ein Großteil aller Krankheiten umweltbedingt sind. Laut der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Europäischen Union sind ein Drittel bis ein Viertel aller Krankheiten auf Umweltfaktoren zurückzuführen.

Entsprechende Faktoren, die in der Klimadebatte untergehen, aber insbesondere für die Rhein-Main-Region Relevanz haben, sind:

- Lärm (Flughafen, Autobahnen, innerstädtischer Verkehr)
- Schadstoffbelastung (Feinstaub, Trinkwasser)

Beispielsweise ist in Bezug auf den geplanten Ausbau des Kohlekraftwerkes Staudinger nicht nur die CO₂-Belastung zu sehen, sondern die – auch im Hessischen Landtag und in diesem Ausschuss - bereits thematisierte Quecksilberbelastung als Bestandteil des zu erwartenden vermehrten Schadstoffausstoßes.

Mit einer Gesamtbelastungsstudie muss die bereits jetzt vorhandene Belastung der Menschen in der Region umfassend mit ihren Gesamtwirkungen dargestellt werden. Dieses sollte deshalb auch in die vorliegenden Gesetzentwürfen einfließen, als besonders zu würdigende Kriterien für den Ausbau erneuerbarer Energien und notwendiger Konsequenzen für die Landschaftsplanung.

Die derzeit vorliegenden Gesetzentwürfe werden dieser Gesamtproblematik nicht gerecht, obwohl natürlich der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien sicherlich auch ein Hebel zur Reduzierung der Gesamtbelastung ist.

Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main

Stellungnahme zur Anhörung im Hessischen Landtag
betreffend Gesetzentwürfe zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz in Hessen
am 2. und 3. Dezember 2009

Folgende Punkte aus den vorliegenden Gesetzentwürfen möchten wir deshalb aus unserer Sicht kommentieren:

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für den Vorrang erneuerbarer Energien sieht sich explizit in §1, Abs. 1 *„dem Klima- und Ressourcenschutz, dem Schutz der Gesundheit und der natürlichen Umwelt, dem sparsamen Einsatz von Wasser“* verpflichtet.

Die explizite Erwähnung des Gesundheitsschutzes – auch an anderen Stellen des Gesetzentwurfes – finden wir in den Gesetzentwürfen der Fraktion der GRÜNEN leider nicht. Kritisch zum Gesetzentwurf der SPD möchten wir vermerken, dass die Umweltbelastung durch den Straßenverkehr marginalisiert wird. So wird diesbezüglich nur auf technologische Lösungen zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen des Landes verwiesen. Die aus den vorhandenen Mobilitätsstrukturen resultierenden Probleme werden hingegen überhaupt nicht thematisiert.

In den Gesetzentwürfen der Fraktion der GRÜNEN findet sich dem gegenüber leider kein grundsätzlicher Hinweis auf den Gesundheitsschutz als übergreifendes Ziel. Positiv ist hierbei hingegen aus unserer Sicht, dass im Entwurf zur Änderung des Hessischen Landesplanungsgesetzes die Forderung nach unterirdischer Verlegung von Höchst- und Hochspannungsleitungen *„zum Schutz vor möglichen Gefährdungen durch elektromagnetische Strahlung“* erhoben wird.

Des weiteren wird in diesem Gesetzentwurf eine anders strukturierte Mobilität eingefordert. Wir begrüßen dazu folgende Passagen:

„Dabei sind Maßnahmen zur Vermeidung von Verkehren unter Wahrung eines hohen Mobilitätsniveaus Priorität einzuräumen.“

Des weiteren:

„Bei der Planung neuer Verkehrswege ist dem Natur- und Landschaftsschutz sowie dem Lärmschutz besonders Rechnung zu tragen.“

Aus der hierzu hinzugefügten Kommentierung möchten wir noch folgende Passagen zitieren: (zu Grundsatz 6:) *„Der Verkehrsbereich trägt zu rund einem Drittel des hessischen CO₂-Ausstoßes bei, sodass auch hier tiefgreifende landesplanerische Maßnahmen in Angriff genommen werden müssen, um zu einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes beizutragen.“*

Des weiteren:

„In Grundsatz 9 wird das Flächenhaushaltsziel einer "Netto Null" formuliert, d.h. einer in der Bilanz nicht mehr wachsenden Siedlungs- und Verkehrsfläche.“

Als erste praktische Konsequenz hieraus wäre eine umfassende Bestandsaufnahme zu sehen, wie sie von uns in Form einer Gesamtbelastungsstudie gefordert wird. Nur so ist gewährleistet, dass diese Grundsätze auch zu praktischen Konsequenzen führen.

Mit entsprechenden Erweiterungen würden die vorliegenden Gesetzentwürfen damit auch einer außerparlamentarischen Bewegung gerecht, die eine parlamentarische Umsetzung ihrer Forderungen durch den Hessischen Landtag erreichen möchte.

Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main

Stellungnahme zur Anhörung im Hessischen Landtag
betreffend Gesetzentwürfe zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz in Hessen
am 2. und 3. Dezember 2009

Anhang zur Stellungnahme: Gesamtbelastungsstudie

Die Grenzen der Belastbarkeit sind längst überschritten - Wir fordern eine Gesamtbelastungsstudie!

Der Ausbau und Betrieb von Flughäfen (z.B. Frankfurt, Egelsbach, Erbenheim), Müllverbrennungsanlagen (Höchst etc.), Autobahnausbauten (Rhein-Main-Gebiet), Atomkraftwerken (Biblis) und Bauten der Kohlekraftwerke (KKW Staudinger bei Hanau, Ingelheimer Aue in Mainz/Wiesbaden, etc.) stehen beispielhaft für Umweltzerstörung und nachhaltige Zerstörung und Schädigung sozialer und ökologischer Lebensqualität auch über das Rhein-Main-Gebiet* hinaus.

Allen diesen Projekten ist gemeinsam, dass sie bei der Genehmigung in sich betrachtet werden und nicht im Zusammenhang mit den anderen Projekten im Rhein-Main-Gebiet.

Die Auswirkungen dieser Projekte betreffen stets die gesamte Region.

Wir sind der Meinung, dass bereits heute die Gesamtbelastung in der Region viel zu hoch ist. Alle Aus- und Neubauten der Infrastruktur – Verkehr und Energie, Ver- und Entsorgung - werden jedoch nie unter diesem Aspekt untersucht. Stattdessen wird scheinbar ein Projekt nach dem anderen in die Wege geleitet.

Wir fordern eine Gesamtbelastungsstudie !

Die Gesamtbelastungsstudie muss den Ist-Zustand auf der Basis zeitnaher, aktueller Werte aufzeigen. Folgende Grundparameter müssen auf jeden Fall enthalten sein:

- Emissionen von Schadstoffen
- radioaktive Strahlungen von Kernkraftwerken
- Schadstoffe in Trink- und Grundwasser
- Lärmwerte
- Elektro-Smog
- Feinstaub
- Ressourcenverbrauch
- Versiegelung und Zersiedelung von Landschaften
- Artenvielfalt

Die Studie des Ist-Zustands muss jederzeit erweiterbar sein um zusätzliche Parameter.

Bei der Erfassung des Ist-Zustands muss sowohl die *Kumulation* der einzelnen Grundwerte aufgezeigt werden als auch ihre gegenseitigen *Wechselwirkungen*.

Einzubeziehen sind weiterhin folgende Umwelt- und Gesundheitsproblematiken:

- Auswirkung von Immissionen auf Menschen, Tiere und Pflanzen
- Gesundheitsbeeinträchtigung
- Verlust der Naherholungsgebiete
- Verlust von Trinkwassergewinnungsgebieten
- Auswirkungen auf das regionale Klima
- Verminderung der Lebensqualität
- Verlust von Ökosystemen

Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main

Stellungnahme zur Anhörung im Hessischen Landtag
betreffend Gesetzentwürfe zu Erneuerbaren Energien und Klimaschutz in Hessen
am 2. und 3. Dezember 2009

Auch hier gilt der Grundsatz, dass die Studie jederzeit offen sein muss für weitere umwelt- und gesundheitsrelevante Kernpunkte.

Die Gesamtbelastungsstudie ist Basis für alle weiteren Projekte im Rhein-Main-Gebiet. Für bereits im Bau befindliche Objekte fordern wir bis zur Vorlage der Studie ein Moratorium.

In der Vergangenheit wurden Einzelprojekte stets isoliert betrachtet und überschritten bei ihren Auswirkungen offiziell keine Grenzwerte. Addiert man aber die einzelnen Maßnahmen in ihren Auswirkungen zusammen, so sieht man, dass der Rhein-Main-Ballungsraum schon längst die Grenzen der Belastbarkeit überschritten hat.

Die Studie muss von einem interdisziplinären Team unabhängiger Experten nach neuesten umweltrelevanten medizinischen und klimatischen Erkenntnissen der Forschung erstellt werden.

Bei Genehmigungen für bestehende und künftige Projekte müssen gesundheitliche Aspekte Vorrang vor wirtschaftlichen haben. Kurzfristiger ökonomischer Nutzen, der nicht im Einklang mit der Natur steht, ist abzulehnen.

Auch eine Kosten-Nutzen-Analyse muss erstellt werden, die nicht unter betriebswirtschaftlichen sondern unter volkswirtschaftlichen und sozialen Aspekten betrachtet werden muss, da für die Klima- und Gesundheitsfolgekosten die Allgemeinheit aufkommt und nicht die Verursacher selbst haften müssen.

***Metropolregion Rhein-Main:**

Umfasst die obigen Kernstädte sowie 18 Landkreise: Main-Taunus-Kreis, Hochtaunuskreis, Wetterau, Main-Kinzig-Kreis, Landkreis Offenbach, Kreis Groß-Gerau, Landkreis Aschaffenburg, Landkreis Miltenberg, Kreis Darmstadt-Dieburg, Odenwald, Kreis Bergstraße, Landkreis Alzey-Worms, Landkreis Mainz-Bingen, Rheingau-Taunus-Kreis, Landkreis Limburg-Weilburg, Landkreis Giessen, Vogelsberg, Landkreis Fulda. Die Größe und Einwohnerzahl ist identisch mit dem Rhein-Main-Gebiet.

Das Netzwerk Umwelt und Klima Rhein-Main wird getragen von:

- Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) Frankfurt
- Arbeitskreis Umwelt (AKU) Wiesbaden
- attac Frankfurt / AG KlimAttac
- attac Mainz
- attac Wiesbaden
- Bündnis der Bürgerinitiativen (BBI) Kein Flughafenausbau
- Bürgerinitiative Stopp Staudinger
- BUND Landesverband Hessen e.V.
- DFG-VK Mainz
- Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
- Greenpeace Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden/Mainz
- Naturfreunde Hessen
- Solarmobil Rhein-Main e.V.
- VCD Landesverband Hessen e.V.

Kontakt: info@umwelt-klima-rheinmain.net